

**83. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 20. November 2014**

Die Sitzung wird um 09:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertes:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 83. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Schriffführende Abgeordnete werden die Kollegen Fredi Winter und Michael Wäschenbach sein.

Entschuldigt sind die Abgeordneten Thomas Günther, Astrid Schmitt und Dr. Dr. Rahim Schmidt. Des Weiteren ist ab 14:00 Uhr Frau Staatsministerin Ulrike Höfken wegen eines auswärtigen Termins sowie bis ca. 13:30 Herr Staatsminister Roger Lewentz wegen eines auswärtigen Termins entschuldigt. Weiter sind entschuldigt Herr Staatssekretär Professor Dr. Salvatore Barbaro und Herr Staatssekretär Professor Dr. Thomas Deufel wegen der Kultusministerkonferenz in Berlin, Herr Staatssekretär Dr. Hannes Kopf wegen der Teilnahme an der Arbeitstagung für ehrenamtliche Richterinnen und Richter und Herr Staatssekretär Walter Schumacher.

Meine Damen und Herren, heute wird Jürgen Noss auf den Tag genau 62 Jahre alt.

(Beifall im Hause)

Wir gratulieren!

An den Tagen, an denen ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete Geburtstag hat, bekommen sie jeweils zwei Flaschen Wein.

Die Tagesordnung haben wir beschlossen, das heißt, wir können sofort in die Mündlichen Anfragen einsteigen.

Ich rufe **Punkt 14** der Tagesordnung auf:

Fragestunde
– Drucksache 16/4248 –

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Kathrin Anklam-Trapp, Friederike Ebli und Fredi Winter (SPD), Demografiekongress „Zusammenland Rheinland-Pfalz – Gut für Generationen“** – Nummer 1 der Drucksache 16/4248 – betreffend, auf.

Frau Abgeordnete Anklam-Trapp hat sich gemeldet, bitte schön.

Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, guten Morgen! Demografiekongress „Zusammenland Rheinland-Pfalz – Gut für Generationen“.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Themenfelder bilden die Grundlage der Demografiestrategie der Landesregierung?
2. Mit welchen Zielen und Maßnahmen wird die Demografiestrategie mit den Partnerinnen und Partnern im Land weiterentwickelt?
3. Welche Institutionen, Organisationen und Vereinigungen unterstützen die „Gemeinsame Erklärung“ zum Demografischen Wandel im Rahmen der Demografiestrategie des Landes?
4. In welchem Zusammenhang stehen „Gemeinsame Erklärung“, der Demografiekongress am 13. November 2014, sowie die landesweiten Demografie-wochen 2013 und 2015 zur Demografiestrategie der Landesregierung?

Präsident Mertes:

Danke schön.

Ich erteile das Wort der Ministerin Frau Bätzing-Lichtenthäler.

Frau Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, einen schönen guten Morgen! Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Kathrin Anklam-Trapp, Friederike Ebli und Fredi Winter beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: „Welche Themenfelder bilden die Grundlage der Demografiestrategie der Landesregierung?“ – Mit ihrer Demografiestrategie „Zusammenland Rheinland-Pfalz – Gut für Generationen“ verfolgt die Landesregierung zwei grundlegende Linien:

Sie will zum einen den demografischen Wandel so weit wie noch möglich beeinflussen. Über eine gute Kinder-, Jugend- und Familienpolitik sowie mit einer gesteuerten Zuwanderung und einer guten Integrationspolitik wollen wir erreichen, dass mehr junge Menschen zu uns nach Rheinland-Pfalz kommen und auch hierbleiben.

Sie will zum anderen aber vor allem die Chancen und Herausforderungen des Wandels aktiv annehmen und seine Auswirkungen gut gestalten.

Weil sich der demografische Wandel auf alle Lebensbereiche auswirken wird, hat die Landesregierung gemeinsam mit ihren Partnern schon früh entsprechende Maßnahmen in ganz unterschiedlichen Politikfeldern entwickelt.

Diese vielzähligen und auch vielfältigen Maßnahmen lassen sich vier großen Themenfeldern zuordnen:

1. Generation, Miteinander, Vielfalt.
2. Ländliche Regionen, Daseinsvorsorge, Wohnen.

darstellen, was für sie die wesentlichen Herausforderungen und Chancen des Wandels sind und wie sie diesen aktiv begegnen. Die Gesamtheit dieser Beiträge zeigt auch noch einmal allen sehr gut, wie wir den Wandel in Rheinland-Pfalz zusammen gut gestalten können und werden.

Die letzte Frage lautet: „In welchem Zusammenhang stehen ‚Gemeinsame Erklärung‘, der Demografiekongress am 13. November 2014, sowie die landesweiten Demografiewochen 2013 und 2015 zur Demografie-strategie der Landesregierung?“

Der Demografiekongress und die Gemeinsame Erklärung stehen unter dem Titel „Zusammenland“, weil die Landesregierung den demografischen Wandel nicht alleine gestalten kann. Der Wandel wird sich auf nahezu alle Lebensbereiche in jeder Region, in jeder Stadt und jeder Gemeinde unseres Landes auswirken. Deshalb muss es zur Alltagsaufgabe für alle Verwaltungen, Betriebe sowie alle weiteren öffentlichen und privaten Einrichtungen und Organisationen werden, ihn zu gestalten.

(Frau Klöckner, CDU: Ist das eine Regierungserklärung?)

Eine erfolgreiche Demografiepolitik ist also auf die Zusammenarbeit mit und von Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und anderen Akteuren angewiesen.

Auch die einzelnen Bürgerinnen und Bürger müssen ihren Beitrag leisten. Deshalb besteht die Demografie-strategie „Zusammenland Rheinland-Pfalz – Gut für Generationen“ nicht nur aus den vielen inhaltlichen Maßnahmen der Landesregierung, sondern zu einem wichtigen Teil auch aus der Kommunikationsstrategie. Ziel dieser Kommunikationsstrategie ist es, die Verantwortlichen möglichst vieler Organisationen und Institutionen sowie die Bürgerinnen und Bürger für die Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels zu sensibilisieren und sie zum Mitgestalten zu motivieren.

Die erste landesweite Demografiewoche im Herbst 2013 war ein wichtiger und mit 320 Veranstaltungen auch äußerst erfolgreicher Bestandteil der Demografie-strategie der Landesregierung. Dasselbe gilt für den Demografiekongress, der am 13. November 2014 stattgefunden hat.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, während die Ministerin hier eine Antwort gibt, haben wir zur gleichen Zeit eine Regierungskonferenz an der Seite des Plenarsaals. Es ist eine besondere Art von Respekt, der bei der ersten Beantwortung der Ministerin ausgedrückt wird.

Aber wir selbst sind auch sehr unruhig. Ich bitte darum, dass solche Gespräche in der Lobby und nicht bei der Beantwortung im Rahmen einer Fragestunde stattfinden.

Diese haben wir jetzt. Frau Anklam-Trapp, Sie haben das Wort für eine Frage.

Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:

Sehr geehrte Frau Ministerin Bätzing-Lichtenthäler, was sind die wesentlichen Ziele der Demografie-strategie der Landesregierung?

Frau Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Die wesentlichen Ziele sind ein gutes Leben für alle Generationen in allen Teilen des Landes und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Das sind die Ziele.

Als Unterziel definieren wir vier weitere Ziele und dann auch Maßnahmen, die wir ganz konkret definiert haben, die auch unter demografie.rlp.de nachzulesen sind. Darüber hinaus schließt sich die Kommunikationsstrategie an diese Demografie-strategie an.

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Thelen.

Abg. Frau Thelen, CDU:

Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben ausgeführt, dass natürlich im Bereich der Bildung Ziele und Maßnahmen von Ihnen angestrebt werden. Das heißt, Sie haben eigentlich auf das verwiesen, was Sie machen, also Reduzierung der Schulclassengröße, Einrichtung von Ganztags-schulen usw. Wie wollen Sie auf die Klagen vieler Ausbildungsbetriebe reagieren, die sagen, zahlreiche unserer Bewerber für Ausbildungsplätze verfügen nicht über eine nötige Ausbildungsreife?

Frau Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Ich denke, das ist eine Frage, die zum einen an die Bildungsministerin zu richten wäre. Wir sind aber natürlich in engem Kontakt, weil es eine Querschnittsaufgabe ist. Wir werden dort gemeinsam Maßnahmen weiterentwickeln.

Ich sage Ihnen aber auch, wir haben Fachkräfte an dem Ovalen Tisch zur Fachkräftesicherung. Wir gehen in die Schulen. Es gibt dort wirklich Praxisbeispiele, wie die Schülerinnen und Schüler in den Schulen auf das Berufsleben vorbereitet werden. Auch die Industrie- und Handelskammern haben einen engen Kontakt zu den Schulen, wie Ihnen bekannt sein dürfte, um die Schülerinnen und Schüler für das Berufsleben entsprechend vorzubereiten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Eine weitere Zusatzfrage der Frau Kollegin Anklam-Trapp.

Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:

Sehr geehrte Frau Ministerin Bätzing-Lichtenthäler, kann die Landesregierung den demografischen Wandel alleine gestalten?

Frau Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Nein, wir können ihn eben nicht alleine gestalten. Das kann die Politik nicht nur vom runden Tisch aus, sondern wir brauchen dafür viele Partnerinnen und Partner, die Kirchen, die Wohlfahrtsverbände, die Unternehmen, die Gewerkschaften, alle die an dieser Thematik arbeiten und von dieser Thematik betroffen sind.

Wir können auch nicht eine große Blaupause haben; denn wir sind in Rheinland-Pfalz regional völlig unterschiedlich vom demografischen Wandel betroffen. Deswegen müssen wir mit denjenigen, die vor Ort die Betroffenheit spüren, zusammenarbeiten, und zwar mit den Kommunen, mit den genannten Institutionen und Verbänden, um passgenau und zielgenau Maßnahmen vor Ort zu entwickeln. Da bringt es nichts, wenn wir eine Maßnahme für alle entwickeln. Da müssen wir gemeinsam mit den Partnerinnen und Partnern zusammenarbeiten.

Wir sind sehr froh, dass wir bereits jetzt über 60 Institutionen an unserer Seite wissen. Wir sind sehr zuversichtlich, dass noch viel mehr dazukommen werden.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Kollegen Dr. Konrad.

Abg. Dr. Konrad, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank. Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben berichtet, dass es sehr viele Initiativen des Landes gibt. Wie ist die Resonanz beispielsweise bei WohnPunkt RLP? Springen die Akteure dort mit auf, oder welchen Eindruck haben Sie von der Resonanz vor Ort?

Frau Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

WohnPunkt RLP wird als ein sehr richtiges und wichtiges Beratungsangebot vor Ort aufgenommen. Wir stellen vor Ort immer wieder fest, die Menschen wollen Alternativen zu den bisherigen Wohnformen. Es fehlt ihnen aber oftmals an Beratung und Unterstützung, nicht

nur für die Menschen vor Ort, sondern auch für die Kommunen, die dies befördern wollen, dass die Menschen bei ihnen am Wohnort in der Region wohnen bleiben.

WohnPunkt RLP bietet mit dieser Beratung und mit diesem Service genau das, was die Menschen brauchen. Wir haben mittlerweile 80 Pflegewohngemeinschaften, und wir haben dort richtig gute Beratung. Es entwickelt sich immer mehr.

Unser Ziel ist es, diese Beratungsangebote auszubauen, damit wir mehr und mehr an alternativen Wohnformen in Rheinland-Pfalz sicherstellen und somit nicht nur die Nachfrage der Menschen vor Ort befriedigen und ihr nachkommen, sondern auch den Kommunen ein wichtiger Partner an ihrer Seite sind, wenn es darum geht, solche Wohnformen zu installieren.

Präsident Mertes:

Eine weitere Zusatzfrage der Frau Kollegin Thelen.

Abg. Frau Thelen, CDU:

Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie weisen zu Recht darauf hin, dass ein Großteil der Verantwortung für die Gestaltung der Lebensbedingungen vor Ort in der Hand der Kommunen liegt.

Teilen Sie unsere Auffassung, dass die Kommunen hierfür nicht ausreichend finanziell ausgestattet sind und viele jetzt auch im Hinblick auf die anstehenden Haushaltsberatungen beispielsweise überlegen, sämtliche freiwilligen Leistungen zu streichen? Wie sehen Sie das vor dem Hintergrund der demografischen Herausforderungen?

Frau Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Diese Auffassung teile ich so nicht, weil ich vor Ort etwas anderes erlebe. Ich erlebe vor Ort Kommunen, die sich der Verantwortung bewusst sind. Sie sagen, jawohl, wir wollen und müssen den demografischen Wandel gestalten. Ob soziale Gesellschaft, ob Gemeinschaft, ob der Zusammenhalt gelingt, entscheidet sich vor Ort. Wir spüren nicht nur in den Räten, sondern auch wirklich bei den Bürgern eine Bewegung zu sagen, wir packen das gemeinsam an.

Wir haben eine sehr große Zunahme im Bereich des Ehrenamts. Dem Ehrenamt kommt dort eine große Bedeutung zu. Von daher bin ich mit den Kommunen an unserer Seite sehr zuversichtlich, wenn wir diese gemeinsam wie zum Beispiel mit WohnPunkt RLP bei solchen Projekten unterstützen, dass wir es gemeinsam schaffen werden, den demografischen Wandel zu gestalten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Ich schließe die Liste der Zusatzfragen mit dem Aufruf von Frau Anklam-Trapp. Es ist Ihre dritte Nachfrage. Ich denke, dann ist die Anfrage beantwortet.

Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:

Frau Ministerin, noch eine letzte Einschätzung. Welche Bedeutung hat aus Ihrer Sicht der barrierefreie Internetzugang in Rheinland-Pfalz für die Menschen und die demografische Entwicklung des Landes?

Frau Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Der Internetzugang ist Standortfaktor und ganz eng mit dem Thema demografischer Wandel verknüpft. Wir brauchen den Internetzugang. Wir brauchen den Breitbandausbau, damit in den Regionen, vor allen Dingen auch in den ländlichen Regionen, die Menschen eine Zukunft und Perspektiven haben, dass sich sowohl neue Unternehmen ansiedeln, dass dort Arbeitsplätze gehalten und geschaffen werden, dass wir aber auch für die Menschen Lebensbedingungen schaffen, die heutzutage und in Zukunft selbstverständlich sein werden sowohl für den Bereich der Arbeit, aber auch für den Bereich der Freizeit, der Schule und der Bildung.

Da ist das Thema Internetzugang und demografischer Wandel ganz nah beieinander. Beides brauchen wir zusammen, um diesen demografischen Wandel als Chance zu begreifen und zu gestalten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Herzlichen Dank. Die Anfrage ist beantwortet.

Ich darf Gäste begrüßen, und zwar CJD 50 plus Worms. Seien Sie herzlich willkommen bei uns im Landtag!

(Beifall im Hause)

Weiter begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Wilhelm-Emmanuel-von-Ketteler-Schule aus Mainz. Herzlich willkommen!

Außerdem begrüße ich Teilnehmer des 139. Mainzer Landtagsseminars. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Christian Baldauf, Alexander Licht und Dr. Adolf Weiland (CDU), Beteiligung der Staatskanzlei am Bieterprozess beim Verkauf des Nürburgrings und weiterer Liegenschaften/Gebäude etc. im Zusammenhang mit der Insolvenz – Nummer 2 der Drucksache 16/4248 – betreffend**, auf.

Herr Licht hat das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Herr Präsident, wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Vorbereitungen wurden aus der Staatskanzlei, der ISB, aus Ministerien oder von Dritten (Anwaltskanzleien, Institutionen, Bietern etc.) zu diesen Treffen erstellt?
2. Welche Personen haben in welcher Funktion an diesen Treffen teilgenommen?
3. Welche Ergebnisse, mögliche Arbeitsaufträge sind aus den Gesprächen entwickelt worden?
4. Welche sonstigen Gespräche, Treffen gab es zwischen Bietern bzw. Vertretern von Bietern zum Nürburgring und Vertretern der Landesregierung im Zeitraum August 2013 – also während des Verkaufsprozesses – bis zum 12. März 2014 und beginnend 12. März bis zum heutigen Tag?

Präsident Mertes:

Für die Landesregierung antwortet der Chef der Staatskanzlei Clemens Hoch.

Hoch, Staatssekretär:

Guten Morgen, Herr Präsident, sehr geehrte Herren Baldauf, Licht und Dr. Weiland, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Es gehört zum Selbstverständnis der Ministerpräsidentin und der Staatskanzlei sowie der gesamten Landesregierung, Gespräche mit Menschen, Institutionen oder Unternehmen zu führen, die im Land Rheinland-Pfalz Engagement zeigen, Investitionen vornehmen oder planen und Kontakte knüpfen wollen.

Auch wenn die Landesregierung weder Einfluss auf das Veräußerungsverfahren zum Nürburgring genommen hat noch hätte nehmen können, so war immer klar, dass es Fragen zu den Bietern aus dem parlamentarischen Raum und der Öffentlichkeit geben würde. Deswegen war es gut, auch einen persönlichen Eindruck zu bekommen, erst recht, wenn wie vorliegend der Wunsch nach einem Gespräch auch von den Gesprächspartnern geäußert wurde.

Dies vorweggeschickt, beantworte ich namens der Landesregierung die Mündliche Anfrage wie folgt:

Die Vorbereitung der Treffen der Ministerpräsidentin erfolgte durch mich persönlich. Ich konnte mich dabei auf Informationen zu den Personen stützen, die mir durch den Sachwalter der Nürburgring GmbH, Herrn Rechtsanwalt Jens Lieser, und den Sanierungsgeschäftsführer, Herrn Professor Dr. Dr. Thomas Schmidt, übermittelt wurden. Da es sich um Kennenlerntermine handelte, war die Vorbereitung nicht inhaltlich geprägt.

Einfluss. Und es ist heute dokumentiert worden, dass es einen solchen politischen Einfluss auf den Verkaufsprozess nicht gegeben hat.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir zum zweiten Teil unserer Aussprache kommen, darf ich die zweite Gruppe von Schülerinnen und Schülern der Wilhelm-Emmanuel-von-Ketteler-Schule aus Mainz begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich rufe die **Aussprache** über die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Kathrin Anklam-Trapp, Friederike Ebli und Fredi Winter (SPD), Demografiekongress „Zusammenland Rheinland-Pfalz – Gut für Generationen“** – Nummer 1 der Drucksache 16/4248 – betreffend, auf. Das Wort hat Frau Kollegin Anklam-Trapp von der SPD-Fraktion.

Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am letzten Donnerstag, am 13. November, fand – wie passend – in der Akademie der Wissenschaften in Mainz der Demografiekongress mit dem schönen Titel „Zusammenland Rheinland-Pfalz – Gut für Generationen“ statt. Dieser Kongress war so ausgebucht, dass ich von vielen gehört habe, sie wären gern noch gekommen, um sich diesem Wissenstransfer anzuschließen, aber es war leider nicht mehr möglich; denn die Anzahl der Teilnehmer war schon längst ausgebucht.

Wir haben in Rheinland-Pfalz das sperrige Wort um den demografischen Wandel über Jahre begleitet. An diesem Kongress hat man festgestellt, es ist längst angekommen. Die Community und die Beteiligten waren da und haben sich mit großem Interesse der Veranstaltung angenommen. Unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat den Kongress eröffnet und zu Beginn ihrer Rede deutlich darauf hingewiesen, dass wir in dem Zusammenland Rheinland-Pfalz über 1,7 Millionen Glücksfälle haben. Damit hat sie die ehrenamtlich und allgemein tätigen Menschen in Rheinland-Pfalz gemeint. Ich finde, das war der Ausgangspunkt, wenn man über das Zukunftsthema eines Zusammenlandes spricht.

Meine Damen und Herren, Sie kennen das Beispiel, das immer angeführt wird, um deutlich zu machen, wie ein Land gut, gesünder und mit hoher Lebensqualität länger lebt. Der Wunsch ist, dabei eine kürzere Phase der Pflege- und Hilfsbedürftigkeit zu haben. Diesem Wunsch kommen wir immer ein Stück näher.

Ministerpräsidentin Dreyer macht dieses Beispiel immer an der Altersstruktur, die sich verändert, sehr praktisch

und sehr greifbar deutlich. Sie hat im letzten Jahr 793 Hundertjährigen zum Geburtstag gratuliert. Als wir im Land Rheinland-Pfalz begonnen haben, diese Gratulationen vorzunehmen, und zwar 1956, waren es drei Menschen, die zu diesem ganz besonderen Jubiläumstag gratuliert bekamen. Rheinland-Pfalz hat sich mit unserer Landesregierung sehr früh auf den Weg gemacht, das Programm Zukunft zu sichern. Wir waren 2004 eines der ersten Länder. 2011 mit der Gründung des Demografieministeriums, und zwar dem ersten in der ganzen Bundesrepublik Deutschland, wurden die richtigen Weichen gestellt.

(Frau Klöckner, CDU: Der Herr Laschet hatte auch schon eines!)

Meine Damen und Herren, neu ist – das wurde bei dem Demografiekongress auch vorgestellt – der Beirat zur Demografie mit 27 Mitgliedern zur fachlichen Beratung aus der Wissenschaft.

Meine Damen und Herren, Innovation ist in Rheinland-Pfalz ausdrücklich willkommen und erwünscht. Deswegen sagen wir „Wissen schafft Zukunft“, und wir möchten alle davon profitieren. Ich freue mich; denn das ist eine Möglichkeit, häusliches Leben zu gestalten und Rheinland-Pfalz umzubauen. Ich heiße die Wissenschaft herzlich willkommen bei der Aufgabe Zukunft.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben als Politiker eine klare Aufgabe. Die Studie zum demografischen Wandel bis zum Jahr 2030 formuliert nämlich klare Erwartungen an die Menschen, die diese Erwartung an die Politik haben, und 74 % der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer sagen: Ihr habt dafür zu sorgen – ihr Politiker –, die Rahmenbedingungen für unseren Lebensrahmen und für unsere Lebensumstellung zu stellen, und auch wenn das etwas kostet. Dazu gehört die gute Pflege, die gute ärztliche Versorgung und die allgemeine gute Gesundheitsversorgung.

Die gute Bildung ist und bleibt laut der Umfrage die zentrale Erwartung. Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat weiter eine hohe Priorität, und bezahlbare Wohnangebote, Hilfe, Unterstützung, Projekt WohnPunkt RLP – das ist in der Erläuterung der Anfragen deutlich gemacht worden – und die Zusammenarbeit mit der LZG sind wichtig.

Die Kommunen müssen passgenau die Angebote und den Bedarf ermitteln. Jedes einzelne Projekt muss vor Ort genau erarbeitet werden. Das wird getan.

Arbeits- und Ausbildungsplätze: Nur in einem Land, in dem man leben und arbeiten kann, kann man weiter bleiben. Deswegen sind die guten Beschäftigungszahlen mit 5 % in Rheinland-Pfalz Spitze. Das gehört zu einer gesamten demografischen Politik dazu.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich könnte Ihnen jetzt mit Leichtigkeit all die guten Programme aufzählen. Das mache ich auch gern im zweiten Teil, aber „Gesundheit

dem schon arg strapazierten Vorwurf reagiert, es fehle an einer landesweiten Strategie. Den Vorwurf kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Ich habe dann aber trotzdem heute Vormittag in der Fragestunde noch einmal versucht, Ihnen ausführlich unsere Strategie näherzubringen.

Das war keine Regierungserklärung. Nein, das war nur der erneute Versuch, Ihnen diese Strategie nahezubringen, da Ihnen wohl entgangen ist, dass es diese Strategie gibt und sie bundesweit als Vorbild genommen wird.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich möchte Sie einladen, gemeinsam mit uns diese Strategie fortzuentwickeln. Mit der Demografiestrategie „Zusammenland Rheinland-Pfalz – Gut für Generationen“ sind wir auf dem richtigen Weg. Wir haben dort alle Lebensbereiche im Blick und im Dialog mit den Partnern und Bürgern – ganz wie Frau Thelen eben gefordert hat – bedarfsgerecht Maßnahmen entwickelt.

In der Demografiestrategie sind alle Maßnahmen aufgeführt. Ich will sie nicht alle erläutern, aber Sie können sie sich im Internet unter „www.demografiestrategie.rlp.de“ ansehen. Man kann es dort nachlesen, wenn man sich das noch einmal ein bisschen veranschaulichen will.

(Pörksen, SPD: Das ist doch Arbeit!)

Ich möchte noch einmal stichwortartig auf die Maßnahmen eingehen, weil es vorhin so herüberkam, als wären da keinerlei Maßnahmen drin. Ganz im Gegenteil. Ich verweise beispielsweise auf die Maßnahme zum Thema Fachkräftestrategie.

Da haben wir einen Ovalen Tisch zur Fachkräftesicherung gegründet, um Fachkräfte zu gewinnen und Kompetenzen zu erhalten. Es geht nicht, dass wir die Fachkräftegewinnung alleine stemmen. Wie soll das denn funktionieren? Wir brauchen da Partnerinnen und Partner.

(Beifall bei der SPD)

Da geht es nicht um Kuschneln, sondern da geht es darum, dass wir gemeinsam mit denen arbeiten, uns an einen Tisch setzen und Maßnahmen erarbeiten.

(Pörksen, SPD: Das wissen die gar nicht,
wie das geht!)

An unserem Tisch sitzen die Bundesagentur für Arbeit, die IHK, die HWK, der DGB und verschiedene mehr.

(Schweitzer, SPD: So ist das!)

Genauso sieht es aus bei der Maßnahme Kinderfreundlichkeit. Es wurde die Kita angesprochen. Wir lassen die Kitas nicht alleine. Wir haben allein die finanzielle Unterstützung im Doppelhaushalt auf 1 Milliarde Euro gesetzt. Wir haben unser Programm „Kita!Plus“, mit dem wir die Kitas begleiten und über das wir ganz zielgenau und passgenau Maßnahmen anbieten, um den demografischen Wandel zu gestalten.

„Starke Kommunen – Starkes Land“, „WohnPunkt RLP“ und – wie gesagt – viele, viele mehr finden Sie als konkrete Maßnahmen.

Daher entspricht die Landesregierung mit dieser Strategie den Wünschen und Vorstellungen der Bürger, wie die sich eine demografiefeste Politik vorstellen. Sie können das auch gerne in der Bürgerbefragung aus 2013 nachlesen. Wir wollen diese Demografiestrategie fortentwickeln, gemeinsam daran arbeiten und den demografischen Wandel in Zusammenarbeit mit den Generationen gestalten und die Chancen, die sich aus ihm ergeben, nutzen. Ich lade Sie alle herzlich dazu ein.

Danke schön.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Pörksen, SPD: Sehr gut!)

Vizepräsident Schnabel:

Frau Kollegin Anklam-Trapp hat das Wort. Bitte schön.

Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, dass ich noch einmal das Wort habe.

Die wirklich geschätzte Sozialpolitikerin Hedi Thelen

(Pörksen, SPD: Na, na!)

äußert sich über die Demografiestrategie des Landes und argumentiert mit der Schaffung der Klöckner-Steuer. Das bedeutet für Familien – ich nehme einmal mich, als ich als Krankenschwester berufstätig war, Vollzeit in Schicht gearbeitet habe, ehrenamtlich aktiv war und zwei Kinder hatte –, für die manchmal am 20. gerne schon wieder der 1. wäre, 125 Euro im Monat, das bedeutet 1.500 Euro im Jahr. Das ist richtig Geld, das die Familien brauchen, die oftmals in Patchwork sind, die sich um die Kleinen kümmern, die sich um die Alten kümmern, die sich ehrenamtlich engagieren. Das ist Geld, das die Familien brauchen. Auch das ist Zukunftssicherung in Rheinland-Pfalz. Auch das ist Begleitung des demografischen Wandels.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir sind gemeinsam in der Koalition stolz darauf, dass wir diese Zukunftsoptionen, dieses familienfreundliche Land schaffen.

(Zuruf der Abg. Frau Schäfer, CDU)

Kommen wir aber zurück zum Zusammenland Rheinland-Pfalz. Da gilt es, wirklich alle Menschen einzubinden, vom Kind bis zum hochbetagten pflegebedürftigen Menschen in Rheinland-Pfalz. Zusammenland Rheinland-Pfalz gilt für die ländlichen Räume und für die städtischen Zentren.